Pressemitteilung

Ansbach, 27.11.2011

Breitschwert will das Nachdenken über Ansbachs Zukunft verbieten:

Frühzeitige Planungen für Zeit nach US-Abzug schaffen wirtschaftliche Chancen

Mit einem typischen Beißreflex hat MdL Breitschwert erneut ein Verbot des Nachdenkens über die Zukunft Ansbachs nach einem Abzug der US-Armee gefordert. Der Ex-Bürgermeister muss sich langsam an die Realitäten in Ansbach gewöhnen, die sich seit seiner Amtszeit geändert haben: Bettelte Breitschwert zu der Zeit, als er ehedem Verantwortung in Ansbach trug, geradezu um noch mehr Kampfhubschrauber und ist damit in hohem Maße für die Belastung tausender Bürger durch unerträglichen Fluglärm und giftige Abgase verantwortlich, kämpft inzwischen eine breite Stadtratsmehrheit für den Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen der riesigen Militärbasis vor der Ansbacher Haustüre auf Gesundheit und Lebensqualität der Menschen.

Spätestens seit den Recherchen der FLZ/NN, wonach Ansbach im Zuge der katastrophalen Finanzlage der USA auf Streichlisten der dortigen Haushaltspolitiker steht, sind verantwortlich handelnde Kommunalpolitiker dazu verpflichtet, den Prozess frühzeitiger Planungen einer Zivilnutzung der militärischen Liegenschaften in Ansbach in die Wege zu leiten. Dass sich Breitschwert aus dieser Verantwortung zu stehlen versucht, verwundert nicht. Denn er müsste sich dann den Kardinalsfehler seiner Befürwortung der Aufrüstung in Ansbach eingestehen, mit dem er der Stadt einen strukturpolitischen Scherbenhaufen hinterlassen hat.

Dabei muss Breitschwert derzeit tatenlos zusehen, wie ihm sein Hauptargument für die US-Militärpräsenz in den Händen zerrinnt: Fortwährender Abbau von Arbeitsplätzen bei der Armee – trotz zusätzlicher Einheiten in Ansbach, Beauftragung von Großkonzernen aus dem Rhein-Main-Gebiet anstatt heimischen Handwerksbetrieben am Urlas, immense Kosten für die Steuerzahler durch Urlas-Knoten und Katterbach-Umgehung. Gleichzeitig ist die Militärbasis ein Klotz am Bein für die Energiewende in Ansbach, denn die US-Armee hat die Ausweisung der laut Stadtwerke am besten geeigneten Flächen für Windkraft nördlich Katterbachs verhindert.

Dem gegenüber stehen die Konversionserfolge an ehemaligen US-Kasernen in Mittelfranken: Etwa in Zirndorf, Herzogenaurach oder Schwabach entstanden neben zusätzlichen Arbeitsplätzen auch bezahlbarer Wohnraum. Der Konversionsexperte Dr. Hartmut Küchle hat jüngst in Ansbach bestätigt, dass 90% der Liegenschaftskonversionen positiv verlaufen sind. Voraussetzung waren stets frühzeitige Planungen der zivilen Umwandlung. In Kaufbeuren hat sich Breitschwerts Partei rechtzeitig an der Erstellung solcher Konzepte beteiligt, sodass die Stadt jetzt nach Abzug der Bundeswehr aktivierende Effekte für die Wirtschaft erwartet. Die CSU an der Rezat tut gut daran, sich bei dringend nötigen Zukunftskonzepten für Ansbach nicht durch ewig gestrige Positionen Breitschwerts ins Abseits manövrieren zu lassen. Unsere Stadt kann es sich nicht leisten, dass der Ex-Bürgermeister Ansbach Entwicklungschancen verbaut.

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat